

## ADGB- und Schlichtungskonferenz

Am 18. Oktober beginnt die von Wiffel einberufene Schlichtungskonferenz. Die Unternehmer erscheinen mit Vorkäufen, die auf ein direktes Streikverbot hinauslaufen. Der christliche Deutsche Gewerkschaftsbund hat folgende Punkte aufgestellt:

- Abmachungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern dahingehend, daß bevor die staatliche Schlichtung in Anspruch genommen wird, in der Regel durch die Parteien oder tarifliche oder selbst vereinbarte Schlichtungsinstanzen ernstliche Einigungsversuche gemacht sein müssen.
- Bedeinglich auf Agitation berechnete Forderungen, Entwürfe und Angebote sind von allen Seiten zu unterlassen.
- Verbindlich erklärte Schiedssprüche müssen von allen Parteien respektiert und durchgeführt werden.

Superdem verlangen die Christen Einführung der eidlichen Vereidung bei den Schlichtungsverhandlungen. Die drei Punkte der Christen liegen auch im Interesse des Unternehmertums, denn besonders die Punkte b und c bedeuten, daß die Arbeiter auf berechnete Forderungen verzichten sollen.

Vom ADGB ist bis jetzt nur bekannt, daß Körper die zivilrechtliche Haftbarmachung der Gewerkschaften fordert und der Hamburger ADGB-Ortsausschuß ein gesetzliches Verbot der „wildern“ Streiks propagiert. Der Bundesvorstand hat sich offiziell noch nicht dazu geäußert. Es hat aber den Anschein, daß die ADGB-Führer den Wünschen der Unternehmer weitgehend entgegenkommen wollen und daß in der Schlichtungskonferenz Vorschläge ausgearbeitet werden, die eine noch stärkere Knebelung der Arbeiterschaft als bisher bedeuten.

Es gilt, auf der Hut zu sein und den Kampf um die Beilegung des Schlichtungsstreits zu verstärken.

## Handelstammer fordert Streikverbot

Vorbereitung der Schlichtungskonferenz

Die Vollversammlung der Handelstammer Lensberg fakte folgende Entschlüsse zur Reform des Schlichtungswesens. Vorsitz: Der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses muß die Befähigung zum Richteramt haben. Die Stellung ist hauptsächlich zu gestalten. Zu Beisitzern sollen nur branchenfähige Persönlichkeiten gewählt werden. — Die allzuständige Schlichtungsbehörde sind abzuschaffen und nur einige wirtschaftlich zusammenhängende Schlichterbestände zu bilden. — Das Beweisverfahren soll durch das Gutachten Sachverständiger ergänzt werden. Die Kosten des Verfahrens sind beiden Parteien aufzuerlegen. — Verbindlichkeitsurteile müssen einem unabhängigen richterlichen Organ, einer Reichsschiedsstelle übertragen werden. Sie dürfen nur eingeleitet und durchgeführt werden, wenn wichtige Gemeinwohlinteressen bedroht sind. Solange ein Schlichtungsverfahren schwebt, haben Kampfbanner zu unterbleiben und sind unter Strafe zu stellen. Die Möglichkeit der Verbindlichkeitsurteile muß davon abhängig gemacht werden, daß eine Verringerung des allgemeinen Preisniveaus feststellbar ist.

Aus diesen Vorkäufen können die Arbeiter ersehen, wie die Unternehmer das Proletariat knebeln wollen.

Die ADGB-Führer gehen zur Schlichtungskonferenz mit dem Vorbehalt, die Gewerkschaften für Verträge gegen Zwangsschiedssprüche zivilrechtlich haftbar zu machen.

Die Arbeiterschaft muß antworten mit dem verstärkten Kampf um Beilegung des Schlichtungsstreits, um die Wiederherstellung der Streikfreiheit.

## Die Ausschlußpraxis im Fabrikarbeiterverband

Das können sich die Mitglieder nicht mehr gefallen lassen

Der Hauptvorstand des Deutschen Fabrikarbeiterverbandes hat jetzt ohne Verfahren den oppositionellen Genossen Derschläger, der 2. Betriebsratsvorsitzender der F. G. Farben, Rudwigschalen-Opou ist, ausgeschlossen.

Den „Ausschlußgrund“ konstruierte man auf ebenso einfache wie niederträchtige Weise. Man hielt dem Genossen Derschläger einen Artikel der kommunistischen Presse vor und fragte ihn, ob er ihn billige. Als Genosse Derschläger es selbstverständlich ablehnte, sich gegen diesen Artikel auszusprechen, wurde er aus dem Verband ausgeschlossen.

Die Führer des Fabrikarbeiterverbandes, die in offiziellen Flugblättern des DFB und mit Fug und Recht des Streikrechtes beschuldigt werden, können auf oben geschilderte Weise jeden unliebsamen Genossen aus dem Verband hinauswerfen. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer treten ja alle Grundzüge der proletarischen Demokratie mit Füßen. Nur eine Macht kann sie hindern, ihre verbandsverstärkenden Werk weiterzutreiben, das sind die Massen der Fabrikarbeiter, der Verbandsmittglieder selbst, die dem Treiben der Sozialdemokraten Einhalt gebieten müssen, indem sie überall gegen die politischen Ausschüsse protestieren und den Druck auf die Verbandsinstanzen mit aller Kraft verstärken.

## Riesengewinne der Schwerindustrie

Im gleichen Augenblick, wo die Eisenindustriellen die Gesamtspernung der rheinisch-westfälischen Metallarbeiter beschlossen haben, wird bekannt, daß der deutsche Stahlkraft der jugoslawischen Regierung eine Anleihe von 100 Millionen Mark gewährt. Seit Monaten fingen die Stahlkonzerne herzerregende Klagelieder: bei den heutigen Löhnen und Sozialkosten können sie mit den Preisen kaum auskommen, die Gewinne seien nicht der Rede wert und müßen immer wieder abgeschrieben werden; die neue Tarifserhöhung der Reichsbahn werde sie, die Industriellen, vollends auf den Hund bringen, usw. welcher Arbeiter kennt das Gemerke nicht schon auswendig? Und nun ist der Stahlkraft majestätischerweise auf einmal in der Lage, der ausländischen Regierung eine Summe vorzuschüssen, die sage und schreibe fast doppelt so hoch ist wie sein letztjähriger Reingewinn (53 Millionen Mark). Und es wird ja nicht allein mit Jugoslawien über ähnliche Kredite verhandelt!

Aber das ist noch nicht alles. Die deutschen Unternehmer berufen sich immer darauf, daß sie an das Internationale Kohlenkartell gewaltige „Strafgelder“ für Ueberschreitung der Produktionsquoten abführen müssen. Für jede Tonne Ueberschreitung sollten 16,8 Mark Strafe gezahlt werden. Nun ist aber für Deutschland im vorigen Jahre eine Sonderregelung getroffen worden, wonach die deutschen Konzerne für die Ueberschreitung ihrer Inlandsquote fortan nur 4,2 M. zu zahlen haben — den vierten Teil des früheren Betrages. Außerdem aber verschmähen die deutschen Unternehmer, daß die Strafgelder, die in die Kasse des Internationalen Kartells fließen, von dieser vierteljährlich nach einem bestimmten Schlüssel wieder unter den Mitgliedern des Kartells aufgeteilt werden. Auf diese Weise hat sich nun die wirliche Strafbelastung der deutschen Produktion durch das Internationale Kartell wie folgt entwickelt:

**Ausperrung in der Bremer Intefabrik.** Die Belegschaft der Bremer Intefabrik hat Lohnforderungen gestellt. Darauf hat die Firma sämtliche Arbeiter ausgesperrt. 1600 Textilproleten liegen auf der Straße. Die Ausperrung hängt zusammen mit der Ausperrung der Textilindustriellen. Durch diese Taktik werden die Textilbarone nicht erreichen, die Arbeiter dann abzuhalten, Lohnforderungen zu stellen und zu erkämpfen.

**Die Spaltung der polnischen Gewerkschaften.** Der polnische Warschauer Gewerkschaftsrat, der sich im Gegensatz zu der oppositionellen Sozialdemokratischen Partei (PSP) gebildet hat, hat von den Sozialdemokraten an ihn gerichteten Auflösungsbescheid nicht befolgt. Die neue Gruppe hat eine Konferenz einberufen und beschlossen, den neugebildeten Gewerkschaftsrat aufrechtzuerhalten und bei den Behörden die Statuten des neuen Rates einzurichten. Eine Klärung der endgültigen Lage in der Warschauer Sozialdemokratie erwartet man allgemein von dem am 1. November angelegten Parteitag.

## Der australische Hafenarbeiterstreik

Das Streikkomitee des australischen Hafenarbeiterstreiks in Melbourne hat in seiner Sitzung vom Montag die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen. Das Komitee war sich jedoch vollkommen darüber klar, daß die örtlichen Vereinigungen in Melbourne und Volshane es nach wie vor ablehnen, einem solchen Beschluß Folge zu leisten. Die Lage innerhalb der Gewerkschaften ist außerordentlich kompliziert. Die Reformisten versuchen, den Streik abzuwinden. Die Arbeitermasse lehnt die Wiederaufnahme der Arbeit ab. Die Lage ist noch ungeklärt. Der Streik wird noch fortgesetzt. Die Verluste für die australischen Unternehmer sind sehr groß. Die 6. Streikwoche hat begonnen.

## Achtung!

### Erwerbslose Parteigenossen!

Donnerstag den 18. Oktober, 15 Uhr, findet im Parteibureau, Columbusstraße 9, eine äußerst wichtige Besprechung aller Dresdner erwerbslosen KPD-Mitglieder statt. Pflicht jedes erwerbslosen Genossen ist es, an dieser Versammlung teilzunehmen.

Gewerkschaftsabteilung der Bezirksleitung.

Im 1. Quartal 1927	2,82 RM
Im 2. Quartal 1927	1,11 RM
Im 1. Quartal 1928	0,64 RM
Im 2. Quartal 1928	0,47 RM

Die Belastung der deutschen Kohlenproduktion durch die internationalen Kartellkosten hat also um 2,35 Mark oder um 83 Prozent abgenommen! Aber die deutschen Unternehmer fordern dennoch eine Preiserhöhung um 2 bis 3 Mark.

Immerhin, auf eine bestimmte „Mehrbelastung“ können sie sich scheinbar immer noch berufen — auf die Tarifierhöhung der Reichsbahn. Es ist bekannt, daß als Preis für diese Erhöhung die Reichsbahn der Schwerindustrie vor kurzem einen Auftrag auf 550 000 Tonnen Oberbaumaterial gegeben hat. Und nun hat das europäische Schienenkartell vor einigen Tagen auf seiner Pariser Sitzung unter Teilnahme der Herren Voenssen vom Stahlkraft und Krupp beschlossen, die Schienenpreise um 2,5 Mark pro Tonne zu erhöhen! Jetzt in dem Augenblick, wo die Reichsbahn den Ruhrkonzernen einen Aeußen-auftrag vergibt! Der Beschluß des Internationalen Schienenkartells wird für die Reichsbahn eine Mehrbelastung und für Stahlkraft und Krupp einen Mehrerlös in Höhe von ungefähr 1 375 000 Mark bringen. Die Franzosen, Belgier und Engländer, die diesem Beschluß zustimmten, haben natürlich nichts dagegen, daß ihre deutschen Kollegen die deutschen Eisenbahnen ausplündern und helfen gern mit.

Die deutschen Eisenindustriellen, die Hunderte von Millionen an Profiten scheffeln und natürlich die Haupttreiber für den Bau von Panzerkreuzern und für die imperialistische Aufrüstung sind, verweigern den Metallarbeitern die geforderte Lohn-erhöhung und sperren Hunderttausende aus. Auf diese Proso-lation gilt es durch Einsetzung aller Mittel für den Sieg der Metallarbeiter zu antworten.

## Der Sieben-Stunden-Tag in der russischen Metallindustrie

Trud, das große Organ der russischen Gewerkschaften, berichtet am 29. September 1928:

Im Gouvernement Moskau wird der Siebenstundentag in weiteren 6 Metallbetrieben eingeführt. In den Werken „Borek“ (Kämpfer) erfolgt der Uebergang Mitte Oktober, in den übrigen großen Werken (Luberech und Boboff) im April.

Die Boboff-Werke werden mit dem Uebergang zum Siebenstundentag durch technische Reorganisation und Reausrüstung die Produktion um 41 Prozent erhöhen und damit zur Jahresproduktion von 400 000 Nähmaschinen kommen. Die Zahl der Arbeiter wird um 37 Prozent vermehrt werden, der Arbeitslohn um weitere 6 Prozent erhöht.

Die Luberecher Werke werden die Produktion um 28 Prozent erhöhen, die Belegschaft wird von 2800 auf 3275 Mann vergrößert.

Der „Borek“ erhöht die Produktion um 34 Prozent und die Zahl der Arbeiter um 28 Prozent.

## Die Einführung des Sieben-Stunden-Tages in der Sowjet-Union

Trud, das große russische Gewerkschaftsblatt, bringt am 29. September 1928 folgenden Bericht aus Charkow:

Die Regierungskommission der Ukrainischen Sowjetrepublik beschloß, in folgenden Betrieben den Siebenstundentag einzuführen: den „Kommunar“ in Saporoschje, wo landwirtschaftliche Maschinen hergestellt werden, eine Lederfabrik in Kiew, eine Fahrradfabrik in Charkow, die Gemischen Petrowki-Werke, sämtliche Unternehmungen des Ukrainischen Tabaktrafiks und eine Reihe anderer Betriebe. Unter den Tabakfabriken sind miteinbegriffen: die 1. staatliche Tabakfabrik in Dnepska, die 3. Fabrik in Kremenchug, die 4. Fabrik in Kiew, die 5. und 6. in Charkow, ebenso die staatliche Zigarettenfabrik in Kiew. Außerdem fordern die Gewerkschaften den Uebergang zum Siebenstundentag in den Fabriken „Sichel und Hammer“ und „Kommunar“ in Charkow. In einer großen Anzahl von Fabriken wird die Belegschaft wesentlich vergrößert.

## Man baut Arbeiterwohnungen in der Sowjetunion

Wie die Pramba vom 28. September 1928 mitteilt, hat der Oberste Volkswirtschaftsrat für das Wirtschaftsjahr 1928/29 zum Zwecke des Wohnungsbaues 138,7 Millionen Rubel bewilligt, und zwar außerhalb des Bauplanes für die Rüstungs- und Elektrizitätsindustrie. Die Genossenschaften werden ebenfalls 23 Millionen Rubel für das Baugeschehen zur Verfügung stellen.

Verantwortliche Redakteure: für Innen- und Außenpolitik: K u b o l i K o n z e r t; für Kultur, Gewerkschaftsleben, Sport und Gesundheit: K i a r o b S e n n e r; für den Internat.: U r t a u r G a r t e r, K u m l i c h in Dresden. Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft — Druck: Weidner, Druckereifabrik Dresden.

## STÄDTE UND JAHRE

Roman aus dem alten Deutschland und dem neuen Russland von Keratana Fedin

Einzig autorisierte Übersetzung aus dem Russischen v. Dmitri Umaneki  
Copyright by Malik-Verlag Berlin

(79. Fortsetzung)

Dann rief sie die Treppe hinauf und befestigte dieses Schild vor dem Hauseingang.

Und als sich die Soldaten rings um den Tisch setzten und zu berechnen begannen, wieviel Depulerte die in Bischofsberg untergebrachten Militärsäfte in den Rat zu entsenden hätten, fand Marie am Fenster in der Ecke des Salons, lautlos wie ein Schatten.

Und mit jeder Minute, die von nun an in der neuen Geschichte Bischofsbergs abließ, trangen die Stimmen der Soldaten sicherer und die Worte kürzer und ihr Sinn einfacher.

Da öffnete sich langsam die Tür, und ein Bürger in schwarzem Mantel, den fest zusammengepackten Schirm in der Hand, trat in den Salon. Er legte den steifen Hut ab, musterte die Wände, die Vorhänge und die Fenster. Dann trat er, unbehaglich wie er war, zum Tisch, blieb aber in einer gewissen Entfernung von ihm stehen, wie es seiner ostentativen Würde mehr entsprach. Es war nicht zu erkennen, wohin er blickte.

„Sind Sie... der Rat?“ sprachen seine hölzernen Lippen.

„Ja,“ folgte die Antwort.

„Jemand hat beim Rathaus Soldatenposten aufgestellt, die von den Einwohnern des Rathauses verlangen. Niemand in der Stadt weiß aber, wo sich dieser Rat befindet. Ich suchte ihn eine ganze Stunde lang. Daraus schließe ich, daß dem Rat administrative Erfahrung fehlt.“

„Der Rat hat sich eben erst organisiert.“

„Folglich hat es zur Zeit, da im Rathaus Passierscheine verlangt wurden, noch gar keinen Rat gegeben.“

„Die Soldaten ergreifen die revolutionäre Initiative.“

„Aber ihr seid der Rat?“

„Ja.“

„Gibt mir einen Passierschein ins Rathaus.“

Die Soldaten blickten einander an. Der Bürger blieb regungslos, und seine Augen blickten ins Ungeheure.

Da lächelte im Winkel des Salons vom Fenster ein lauter Schatten los.

„Ich weiß, wer das ist!“ sagte Marie. „Das ist der Herr Stadtrat. Ich glaube, daß man ihm einen Passierschein auslösen kann, wenn er uns sagt, was er im Rathaus zu tun hat.“

Die hölzernen Lippen sagten:

„Bis zur Abänderung der Verfassung bleibt die städtische Verwaltung dem Stadtrat anvertraut. Selbst nach einer gewaltigen Erregung der Macht bleibt die städtische Wirtschaft unter meiner Verantwortung. Ich muß im Rathaus sein; abends pflege ich mich mit den Papieren der Wirtschaftsabteilung zu beschäftigen.“

„Ich schreibe schon...“ sagte ein Soldat.

Er rief ein Stück von einem Bogen Papier ab und schrieb einige Worte nieder und befestigte sie mit einer fetten Unterschrift. Der Passierschein machte die Runde um den Tisch und bedeckte sich mit immer mehr Unterschriften. Nachdem die letzte darauf gesetzt worden war, meinte der Verfasser des Zettels:

„Es wäre gut — irgendeinen Stempel beizusetzen.“

„Einen Stempel?“ rief Marie und lief aus dem Salon.

Sie kehrte zurück, nahm den Passierschein, schlug mit einem Holzrüttel links von den Unterschriften auf das Papier auf dem Passierschein prägten sich vier linienförmige Worte aus:

„Ez lidris Marie Urbach.“

Der Herr Stadtrat nahm den Passierschein für sein eigenes Arbeitszimmer aus den Händen Mariens in Empfang, ging ebenso unbehaglich zur Tür und setzte dort den steifen Hut auf.

Marie lief ihm mit kleinen Schritten nach, wie ein kleines Mädchen mit den Füßen trippelnd. Sie wollte sehen, wie er um die Treppe hinabsteigen werde. Aber im Wohnzimmer erblickte sie hinter der Tür ihren Vater. Sie blieb stehen. Herr Urbach blickte sie an, als erkenne er sie nicht.

„Was willst du?“ fragte Marie.

„Weißt du, Marie, Mutter ist schwer erkrankt. Sie ist gelähmt.“

Marie schwieg.

„Und dein Bruder ist gefallen.“

„Ja,“ antwortete Marie, „das Dienstmädchen hat mir davon erzählt.“

Sie blieb einen Augenblick regungslos, dann wandte sie sich um, trat in den Salon und schloß die Tür fest hinter sich zu.

## Ein sinnlicher Volksstamm

Hier folgen einige der Notizen des Oberleutnants der Sächsischen Armee, Max Graf von zur Mühlen-Schönau, die er

während seiner Gefangenenschaft in Rußland machte. Das auseinandergefallene Heft mit diesen Notizen wurde erst lange Zeit nach den Semidoler Ereignissen aufgefunden. Die schlechte, wahrscheinlich selbstverfertigte Tinte war zerflossen, das Papier durchnäht. Die übriggebliebenen Seiten konnten jedoch wieder hergestellt werden, und es gelang, sie fast vollständig zu entziffern.

18. Februar.

Die Samen des Wegerichs, die durch künstliche Befruchtung gezogen waren, gaben die ersten Sprößlinge. Frey geht stolz und glücklich umher.

27. Februar.

Heute ist es ein Jahr. Während der ganzen Zeit habe ich keinen einzigen Brief aus der Heimat erhalten. Ich habe allen, an die ich mich nur erinnern konnte, geschrieben.

Jetzt, da Marie so hoffnungslos fern von mir ist, preißt mir der Gedanke an sie sehnsüchtig das Herz zusammen. An der Front gab es nichts dergleichen. Dort schien alles ganz einfach: der Krieg geht zu Ende, ich kehre nach Schönau zurück und heirate sie. Ich denke an mein Geschlecht, an sein Schicksal, und die Heirat mit Marie wird mir zur Notwendigkeit. Dies seltsame Geschöpf brachte mir zum Bewußtsein, daß in ihr die Rettung meines Geschlechts liegt. Wir hatten fünf ausschließlich männliche Linien, vier von ihnen starben noch zu meiner Zeit aus. Ich bin der letzte. Ich empfinde, daß mich jetzt nur der Wille erfüllt, mein Geschlecht zu erhalten. Ich wüßte nicht, wozu ich sonst leben sollte.

Frey hört nicht auf, von Physiologie zu sprechen. Es ist mir unangenehm, an Marie zu denken, wenn im Gedächtnis solche Termini umherwirren. Meine Ahnen liebten zuerst nach dem aus primas noctis und dann um Geldes willen. Es ist kaum anzunehmen, daß einer von ihnen seine Frau geliebt hat. Die Frauen waren nebensächlich. Ihnen oblag die Pflicht der Fortpflanzung des Geschlechts. Dätten meine Ahnen ihre Frauen geliebt, so wäre mein Stamm stark geworden, und ich könnte jetzt Jahrhunderte weiterleben, anstatt zu Ende zu vegetieren.

Frey spricht darüber in den gleichen Worten: man muß einen Menschen lieb gewinnen, ihn heiraten, Kinder zeugen, und dann wird alles von selbst verständlich werden.

Marie trägt in sich den Willen, sich zu wiederholen, sich fortzuleben. Ich schließe meine Augen und sehe sie, wie sie das lehtmal in Schönau war. Ich könnte fast schreien, so sehr erregt es mich.

(Fortsetzung folgt.)